

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

II-262 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

WIEN, am 3. August 1983

GZ 414.30/24-II.8/83

Schriftliche Anfrage der Abg. Dr. Reinhart  
und Gen. betreffend die Position Öster-  
reichs in der internationalen Abrüstungs-  
politik (Nr. 63/J-NR/1983)

37 /AB

1983 -08- 08

zu 63 /J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhart und Gen. haben am 5. Juli 1983 unter der Zl. 63/J-NR/83 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Position Österreichs in der internationalen Abrüstungspolitik gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"1. Welche Möglichkeiten bestehen für Österreich an der internationalen Abrüstungspolitik aktiv teilzunehmen?

2. Welche Initiativen sind diesbezüglich geplant?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.):

Die gegenwärtige internationale Situation ist von grossen Spannungen gekennzeichnet. Die Gefahr, dass die Gegensätze und Streitfragen, die die Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft trennen, nicht auf friedlichem Wege gelöst werden, besteht heute wie in der Vergangenheit. Aber die Entwicklung der Rüstungstechnik hat es mit sich gebracht, dass eine kriegerische Auseinandersetzung eine solche Dimension der Zerstörung und des Grauens haben würde, dass sie mit keiner Herausforderung, die die Menschheit in ihrer Geschichte gekannt hat, verglichen werden kann. Es ist eine Verpflichtung aller Staaten, an der Herabsetzung dieser Gefahren mitzuwirken.

Ein wesentlicher Aspekt einer konstruktiven Friedenspolitik ist die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Dadurch soll der Rüstungswettlauf gestoppt werden und durch vereinbarte Abrüstungsschritte das den Frieden

- 2 -

sichernde Gleichgewicht der Mächte auf einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau stabilisiert werden. Österreich bekennt sich sowohl im weltweiten Rahmen der Vereinten Nationen wie in anderen multilateralen Gremien und auch in bilateralen internationalen Gesprächen stets zu dieser Abrüstungspolitik.

Unser Land war und ist ein stets bereites Gastland für internationale Verhandlungen auf diesem Gebiet. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die seit 1973 in Wien laufenden Truppenabbauverhandlungen zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Paktes.

Österreich würde sich auch freuen, zum gegebenen Zeitpunkt, wie in der Vergangenheit, Ort eines Gipfeltreffens der Staatsoberhäupter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu sein, von dem wichtige Impulse für die Friedens- und Sicherheitspolitik ausgehen könnten.

Österreich glaubt, dass die Abkommen, die bisher bezüglich der Beschränkung der strategischen Rüstung erzielt worden sind, den Beginn einer wichtigen internationalen Entwicklung darstellen und dass in stets zunehmendem Masse die Rüstungspolitik der Staaten, und insbesondere der stärksten unter ihnen, zum Gegenstand völkerrechtlicher Regelungen werden muss. Nach österreichischer Ansicht gilt dies nicht nur für die strategischen Waffen, sondern auch für die nuklearen Mittelstreckenwaffen.

Österreich hat stets festgestellt, dass es zur Politik der Entspannung keine vernünftige Alternative gibt, und glaubt, dass eine realistische, d.h. das Gleichgewicht wahrende Abrüstungspolitik, ein wichtiges Element der Entspannungspolitik ist. Entspannung in der internationalen Politik ist ein stufenweiser Prozess, wobei jede erreichte Stufe das Vertrauen fördert und weitere Abrüstungsschritte ermöglicht.

Zu 2.):

Wie Sie wissen, war Österreich im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und ihrer Folgekonferenzen stets bemüht, in enger Zusammenarbeit mit den übrigen neutralen und paktungebundenen Staaten eine vermittelnde und ausgleichende Funktion auszuüben. Die sicherheitspolitische Komponente der KSZE bildet auch einen wichtigen Ansatzpunkt für künftige Abrüstungsverhandlungen.

./.

- 3 -

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Madrider KSZE-Folgetreffens ist die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa. Das Mandat dieser im Jänner 1984 in Stockholm beginnenden Konferenz sieht in der ersten Phase die Ausarbeitung eines Systems einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen vor, die dazu beitragen sollen, das Risiko einer militärischen Konfrontation zu verringern. Es ist damit zu rechnen, dass dieser komplexe Prozess lange und schwierige Verhandlungen mit sich bringen wird. Österreich beabsichtigt, bei der Stockholmer Konferenz eine ebenso aktive Rolle zu spielen wie bei der KSZE und ihren Folgekonferenzen. Das politische Forum, das der KSZE-Prozess geschaffen hat, stellt auch einen potentiell wichtigen Abrüstungsrahmen dar, in dem die Teilnehmerstaaten unter Wahrung des Gleichgewichtes ihre militärische Stärke reduzieren und in zunehmendem Masse Mittel in den Dienst der friedlichen Zusammenarbeit stellen können.

Der Bundesminister  
für Auswärtige Angelegenheiten:

